



# Im libyschen Fegefeuer

Mit Hilfe zahlreicher Mechanismen stellen die EU-Staaten sicher, dass Migrant\*innen und Geflüchtete niemals den Weg von Libyen nach Europa bewältigen. Dort werden sie unter menschenunwürdigen Bedingungen inhaftiert und geraten im Bürgerkrieg direkt in die Schusslinien zwischen den verfeindeten Parteien. Von Christian Jakob.

**K**aum jemand lebt so sehr von dem Versprechen, keine Geflüchtete ins Land zu lassen, wie Italiens Innenminister Matteo Salvini. Doch im April und Mai ordnete Salvini an, jeweils rund 150 Männer und Frauen aus Libyen nach Italien zu fliegen. Es war ein weidlich ausgeschlachtetes Manöver im EU-

Wahlkampf. Aber Salvini hätte es kaum erwogen, wenn sich die Lage für die rund 3.300 Menschen, darunter rund 1.300 Kinder, in dem gut Dutzend Internierungslagern des libyschen *Directorate for Combatting Illegal Migration* nicht dramatisch zugespitzt hätte.

## Zwischen den Fronten des Bürgerkrieges

Im April hatte die *Libysche Nationale Armee (LNA)* unter dem abtrünnigen General Chalifa Haftar eine Offensive auf Tripolis begonnen. Haftar versucht, den glücklosen Präsidenten Fayiz as-Sarradsch zu entmachten. Dessen Einheitsregierung *Government of National Accord (GNA)* ist zwar international anerkannt, hat aber im Land nur wenig Einfluss. Bis Mitte Juni starben bei den Kämpfen zwischen den LNA- und GNA-treuen Milizen mindestens 460 Menschen, 75.000 Menschen wurden vertrieben.

Schon sehr früh gerieten die internierten, meist subsaharischen Migrant\*innen und Geflüchteten zwischen die Fronten. Am 23. April machten erstmals die UN darauf aufmerksam. Fünf der Lager befanden sich in Gebieten, die bereits von den Kämpfen erreicht worden seien, sechs weitere lägen „in unmittelbarer Nähe der Kämpfe“, sagte UN-Sprecher Stéphane Dujarric. Die Situation in diesen Haftanstalten werde „immer verzweifelter“, Wachen würden ihre Posten verlassen und Menschen im Inneren gefangen lassen. In einem der Lager gebe es seit Tagen kein Trinkwasser mehr.

Am Tag zuvor waren Bewaffnete in das berüchtigte Qasr Bin Gashir Lager, 20 Kilometer südlich von Tripolis eingedrungen. Dort waren zu diesem Zeitpunkt rund 900 Gefangene untergebracht. *Ärzte ohne Grenzen (MSF)* berichtete drei Tage später, Insassen seien „erschossen und verletzt“ worden. Nichts rechtfertige einen solchen Angriff auf Zivilist\*innen, die in einer Konfliktzone gefangen seien, sagte MSF-Notfallkoordinatorin Karline Kleijer. Die Verurteilung der Gewalt gegen Migrant\*innen und Geflüchtete sei „sinnlos, wenn die internationale Gemeinschaft nicht unverzüglich Maßnahmen ergreift, um die verbleibenden Tausend in Sicherheit zu bringen“.

Die libysche Regierung transferierte die Gefangenen aus Qasr Bin Gashir zwei Tage später in das Lager Zawiya. Das liegt etwas weiter entfernt von der Front. Kurz darauf berichtete die irische Journalistin Sally Hayden, dass Insassen aus fünf Lagern zum Kämpfen gezwungen worden seien. Dabei habe es sich um die Camps Abu Salim, Sabaa, Tajoura, Triq al-Sikka und Ain Zara gehandelt. Diese unterstehen teils dem libyschen Staatsrest, teils den Milizen, die auf Seite der Regierungstruppen stehen. Insassen berichteten

Hayden, dass Wachen sie aus den Zellen geholt und gezwungen hätten „an vorderster Front gegen die Armee von General Khalifa Haftar zu kämpfen“, so Hayden. Die Männer hätten Munition transportieren und Waffen laden müssen.

## Lippenbekenntnisse der EU

Der *UNHCR (United Nation High Commissioner for Refugees)* hatte nach eigenen Angaben in den folgenden Wochen größte Schwierigkeiten, Zugang zu den Lagern zu erhalten. Es gelang immerhin, einige Hundert der Insassen in eine neue Ausreisereinrichtung bringen. Diese hatte das *UNHCR* im März 2019 nahe Tripolis eröffnet. Die Anlage mit etwa 1.000 Plätzen dient dazu, Geflüchtete unterzubringen, bevor sie über ein *Emergency Transit Mechanism (ETM)* genanntes Programm nach Niger oder nach Europa evakuiert werden. Am 19. April konnte das *UNHCR* 163, am 20. Juni dann weitere 131 Geflüchtete von dort nach Niamey, die Hauptstadt von Niger, ausfliegen.

Mit dem im Wesentlichen von der EU bezahlten *ETM* versucht Brüssel einem der wohl schwerwiegendsten Vorwürfe zu begegnen, der ihr heute gemacht wird: dass das Martyrium tausender Menschen in den

## **Die Lager in Libyen gehören zu den gefährlichsten Orten für Geflüchtete auf der Welt**

libyschen Lagern Baustein ihrer Migrationsabwehr ist. Im März behauptete die EU-Kommission in einem Videoclip, dass sie keine „Migranten nach Libyen zurückschickt“. Allerdings, und das verschweigt der Clip, bezahlt die EU seit 2017 Libyen dafür, dass dessen Küstenwache die Menschen aufhält. Danach werden sie wieder in die Lager eingesperrt. Auch dass die EU die Bedingungen dort „stillschweigend dulde“, sei ein „Mythos“, heißt es in dem Video. Stattdessen arbeite sie „unermüdlich“ daran „Migranten aus Libyen zu evakuieren und aus der Haft zu befreien.“

Tatsächlich bezahlt die EU auch die UN-Organisationen *IOM (International Organization for Migration)* und *UNHCR* dafür, dass sie die Gefangenen wieder aus der Gefangenschaft herausholt. Doch sie aus den Lagern zu befreien ist wesentlich schwieriger, als dafür

Christian Jakob  
ist Redakteur bei  
der taz und lebt in  
Berlin. Im Oktober  
erscheint von ihm:  
Angriff auf Europa.  
Die Internationale  
des Rechtspopulismus  
im Ch. Links-  
Verlag

zu sorgen, dass sie hineinkommen. Das liegt auch daran, dass eine Rückkehr in ihr Herkunftsland nur für jene möglich ist, die aus halbwegs sicheren, friedlichen Ländern stammen – etwa Senegal oder Togo. Über 30.000 Migrant\*innen hat die IOM seit 2017 auf EU-Kosten aus Libyen in solche Länder ausgeflogen, 1.500 Euro Existenzgründungszuschuss inklusive. „Geförderte Rückkehr“ heißt das.

Doch Geflüchtete aus Sudan oder Eritrea kann die UN nicht zurückfliegen. Dort, wo sie herkommen, ist es zu gefährlich für sie. Deshalb konnte das UNHCR von Ende 2017 bis Mitte Juni nur 4.239 von etwa 55.500 in Libyen registrierten Geflüchteten evakuieren. Priorität haben diejenigen, die in den Lagern untergebracht sind. Knapp 1.300 kamen nach Europa, der Rest nach Niger. Doch für diese Befreiten ist Niger nur eine Zwischenstation, sie werden hier geparkt. Die Regierung will nicht, dass sie im Land bleiben. Sie sind vorerst gerettet, aber in einem Niemandsland des internationalen Flüchtlingsschutzes.

Aufnahmeländer haben nur rund 3.600 Plätze bereitgestellt, davon Deutschland 600. Niger will offiziell nicht mehr als 1.000 Evakuierte ins Land lassen. Und Libyen lässt in der Regel nur Menschen aus den Lagern, die das UNHCR noch am selben Tag ins Flugzeug setzt. Der Weg aus der Hölle der Lager ist ein sehr schmaler Pfad.

### Blockade sicherer Häfen

Dass sich die Regierung in Niamey überhaupt auf das ETM-Projekt eingelassen hat, ist nicht selbstverständlich. Kein anderes Land der Welt wollte dem UNHCR als Parkplatz für die Evakuierten dienen. Und das dünn besiedelte Land hat derzeit ohnehin ein gewaltiges eigenes Flüchtlingsproblem: Fast 370.000 Vertriebene gibt es im Land. Allein 170.000 Menschen mussten zuletzt vor Islamisten aus Mali und Nigeria nach Niger fliehen, fast genauso viele Nigrer\*innen flüchteten nach Überfällen von Dschihadist\*innen aus den Grenzregionen zu Burkina Faso und Nigeria ins Landesinnere.

Dass die Regierung in Niamey trotzdem noch die Evakuierten aus Libyen aufgenommen hat, dürfte im Wesentlichen daran liegen, dass Niger seit 2017 Hilfszahlungen von über einer Milliarde Euro aus Europa zugesagt wurden. Entsprechend ist man in Niamey um ein weiterhin gutes Verhältnis zu Brüssel bemüht. Doch Niger hat Bedingungen gestellt. Eine davon: Bevor die Evakuierten wieder ausreisen können, muss auch die nigrische Asylkommission

feststellen, ob die Person tatsächlich Schutz braucht. Es ist eine vollkommen überflüssige Schleife, auf die Niger dennoch besteht – wohl, um seine Souveränität in dem internationalen Flüchtlingsverteilsystem auf seinem Territorium zu betonen.

Der UN-Hochkommissar für Flüchtlinge, Filippo Grandi, sagte bei der Vorstellung des Weltflüchtlingsberichts in Berlin, die Lager in Libyen gehörten zu den gefährlichsten Orten für Geflüchtete und Migrant\*innen auf der Welt. Die EU müsse mehr Aufnahmeplätze für das ETM bereitstellen.

Insgesamt halten sich mittlerweile 700.000 bis 800.000 afrikanische Migrant\*innen und Geflüchtete in Libyen auf. Viele erwarten, dass ein Teil von ihnen versuchen wird, nach Europa zu gelangen. Doch vor der Küste halten sich kaum noch Rettungsschiffe auf. Und die, die vor Ort sind, können Gerettete kaum noch an Land bringen – weder in Südeuropa, noch in Tunesien.

Die EU verhandelt deshalb seit Monaten über eine Koalition der Willigen – eine Gruppe von Staaten, die prinzipiell bereit wäre, Gerettete aus Seenot aufzunehmen, so dass sie nicht in Italien blieben. Auch Deutschland zählt zu diesen Staaten. Auftrieb bekommen hat das Projekt auch durch die Mitte Juni verabschiedete Erklärung von über 50 deutschen Städten und Gemeinden, ‚Sichere Häfen‘ zu werden. Sie kündigten schriftlich ihre Bereitschaft zur Aufnahme beim Bundesinnenministerium an. Bislang scheitert eine Einigung über einen Verteilmechanismus allerdings daran, dass manche EU-Staaten, darunter Deutschland, nur Geflüchte mit hoher Asyl-Wahrscheinlichkeit aufnehmen wollen, also etwa Somalis und Syrer\*innen, aber keine Westafrikaner\*innen. Andere Staaten sind der Auffassung, ein solcher Mechanismus sei nur sinnvoll, wenn zunächst die gesamte Gruppe der Geflüchteten aufgeteilt und dann individuell über ihren weiteren Aufenthalt entschieden werde.<